Weltmarkt, Korporatismus und 'Sonderfall Schweiz' : Rezensions-Essay

Autor(en): **Kriesi, Hanspeter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **6 (1986)**

Heft 12

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-652185

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hanspeter Kriesi

Weltmarkt, Korporatismus und 'Sonderfall Schweiz'

Rezensions-Essay

Peter J. Katzenstein (1985): Small States in World Markets. Industrial Policy in Europe. Ithaca: Cornell University Press.

Peter J. Katzenstein (1984): Corporatism and Change. Austria, Switzerland and the Politics of Industry. Ithaca: Cornell University Press.

In der aktuellen Korporatismus-Debatte besteht die starke Tendenz, dem "Korporatismus" jeglichen Systemcharakter abzusprechen und einzelne korporatistische Strukturen oder Mechanismen zu untersuchen (Farago, 1987). Schmitter (1981) spricht zwar noch von einer "strukturellen Vereinbarkeit oder Wahlverwandtschaft" zwischen seiner Konzeption und jener Lehmbruchs u.a., bei ihm hat die Verknüpfung zwischen den beiden Elementen jedoch den Status einer Hypothese. Die einzelnen Elemente werden als analytisch unabhängige Variablen betrachtet, die miteinander korrelieren können – oder auch nicht. Vielen Autoren, die mit dem Korporatismus-Konzept arbeiten, geht es neuerdings vorwiegend um die Herausarbeitung korporatistischer Strukturen und Verflechtungsmuster unterhalb der nationalen und gesamtwirtschaftlichen Ebene; man untersucht Meso- und Mikroebene, sektorale und betriebliche Arrangements mit korporatistischem Einschlag. Das ist nun allerdings nicht das Anliegen von Peter Katzenstein, einem amerikanischen Politikwissenschafter, der an der Cornell University lehrt. Sein Konzept des "demokratischen Korporatismus" hat Systemcharakter; Korporatismus erhält bei ihm praktisch den Status einer dritten Staatsform, jenseits von Etatismus wie Liberalismus. Entwickelt wurde diese Staatsform in kleinen Industrieländern Westeuropas. Gegenwärtig ist sie nach Ansicht Katzensteins aber auch für industrielle Grossmächte wie die USA von besonderem Interesse, weil sich diese unter veränderten Weltmarktbedingungen mit Abhängigkeiten von unkontrollierbaren Weltmarkteinflüssen konfrontiert sehen, die jenen vergleichbar sind, welche die kleinen Länder seit langem zur Entwicklung ihrer spezifischen Staatsform gezwungen haben.

Katzensteins Argument

Katzenstein präsentiert sein Argument in zwei Bänden. In "Small States in World Markets" (SS) vergleicht er sieben kleine europäische Länder (Schweiz, Holland, Belgien, Norwegen, Schweden, Dänemark und Österreich) mit den fünf grössten westlichen Industrienationen (USA, Grossbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich und Japan) sowie untereinander; in "Corporatism and Change" (CC) geht er detaillierter auf die beiden besonders typischen Fälle der Schweiz und Österreichs ein. Kern seines Arguments ist der Gedanke, dass die kleinen europäischen Industrieländer politische

Mechanismen zur Kompensation der internen wirtschaftlichen und sozialen Folgen ihrer Offenheit gegenüber dem Weltmarkt entwickelt haben, Mechanismen, die ihnen zwar nicht die Lösung der Folgeprobleme ökonomischen Wandels brachten, aber immerhin einen flexiblen Umgang damit ermöglichten.

Diese Mechanismen bestehen allgemein in der kooperativen Regelung wirtschafts- und sozialpolitischer Konflikte auf der Basis hochstrukturierter und interdependenter politischer Beziehungen zwischen Wirtschaft, Gewerkschaften, Staat und politischen Parteien. Zur allgemeinen Charakterisierung eines derartigen Regelungsmusters benützt Katzenstein das Konzept des *"demokratischen Korporatismus"*, für den er drei Merkmale als charakteristisch erachtet (SS, S.32): eine auf nationaler Ebene institutionalisierte Sozialpartnerschaftsideologie, ein relativ zentralisiertes und konzentriertes System von Interessenorganisationen und eine freiwillige und informelle Koordination konfliktiver Ziele durch kontinuierliche politische Verhandlungen zwischen Interessenorganisationen, staatlichen Bürokratien und politischen Parteien. Dieses Korporatismuskonzept verbindet die mehr organisationssoziologische Konzeption Schmitters ("zentralisiertes und konzentriertes System von Interessenorganisationen") mit der unter anderem von Lehmbruch vertretenen Konzeption, die den Korporatismus vor allem als besondere Form der Politikformulierung und Implementierung ("kontinuierliche politische Verhandlungen") betrachtet, und fügt als weiteres konstitutives Element das Bestehen einer Sozialpartnerschaftsideologie hinzu. Gleichzeitig hebt Katzenstein auch die spezifischen Formen der Verknüpfung dieser drei Elemente mit Partei- und elektoraler Politik hervor: Die Essenz des demokratischen Korporatismus liegt seiner Ansicht nach in der gegenseitigen Abstimmung eines territorial begründeten parlamentarischen Systems und einer funktionalen Repräsentation durch Interessenorganisationen (SS, S.137).

Innerhalb der Gruppe der kleinen Länder lassen sich allerdings Unterschiede in den gewählten Anpassungsstrategien feststellen, je nachdem ob der dem korporatistischen Regelungsmuster zugrundeliegende Klassenkompromiss auf einem Machtungleichgewicht zugunsten des Unternehmertums (liberaler Korporatismus) oder der Arbeiterbewegung (sozialer Korporatismus) basiert. In den Ländern mit einer relativ schwachen, dezentralisierten Arbeiterbewegung und einem politisch starken, zentralisierten und international orientierten Unternehmertum (das heisst in Belgien, Holland und vor allem in der *Schweiz*) werden globale, auf privater Basis beruhende Anpassungsstrategien bevorzugt. In Ländern mit einer starken Arbeiterbewegung en und national orientiertem Unternehmertum (das heisst in Norwegen, Dänemark und vor allem in *Österreich*) werden eher nationale, auf staatlicher Intervention basierende Strategien gewählt. Schweden, ein Land mit einer starken, zentralisierten Arbeiterbewegung, aber auch einem starken, international orientierten Unternehmertum erweist sich gemäss dieser Klassifikation als ein hybrider Zwischenfall, der Merkmale der beiden Varianten demokratischen Korporatismus miteinander verbindet. Trotz Unterschieden in den zugrundeliegenden Machtverhältnissen und Unterschieden in den Anpassungsstrategien sind die politischen Konsequenzen in beiden Varianten aber ähnlich: Beide fördern sie gemäss Katzenstein die Flexibilität, die Zu-

sammenarbeit und die Absorption der politischen Folgen wirtschaftlicher Dislokationen, beide verknüpfen sie Staat und Gesellschaft und verringern die zugrundeliegenden Machtunterschiede.

Katzenstein begnügt sich nicht damit, die aktuellen Unterschiede zwischen den kleinen und grossen Ländern einerseits und innerhalb der kleinen Länder andererseits zu beschreiben, er macht auch den Versuch, die historischen Ursprünge des demokratischen Korporatismus und seiner Varianten aufzuspüren. Er führt den demokratischen Korporatismus auf Klassenkompromisse zurück, die in den dreissiger Jahren in den kleinen, aber nicht in grossen Industriestaaten zustande gekommen sind. Die Unterschiede in den Machtverhältnissen zwischen Unternehmertum und Arbeiterbewegung erklären die unterschiedlichen Formen, die der Klassenkompromiss in den kleinen Ländern angenommen hat: In den skandinavischen Ländern bedeutete der Kompromiss einen Akt politischer Unterwerfung der Rechten und des Zentrums unter eine zunehmend stärkere Arbeiterbewegung; in den Ländern mit liberalem korporatistischem Regime, das heisst auch in der Schweiz, wurden einer Arbeiterbewegung, die zu schwach war, um ihre eigenen Bedingungen zu diktieren, dagegen die politischen Bedingungen des Zentrums und der Rechten auferlegt (SS, S.173).

Der zweite Band, welcher der detaillierten Analyse der Schweiz und Österreichs gewidmet ist, geht auf die Machtverhältnisse, die politischen Strukturen und die Industriepolitik in den beiden extremen Beispielen des liberalen beziehungsweise sozialen Korporatismus genauer ein. Insbesondere enthält der Band Fallstudien zur Textilindustrie in beiden Ländern sowie zur Uhrenindustrie in der Schweiz und zur Stahlindustrie in Österreich, welche die Unterschiede und Ähnlichkeiten in den Anpassungsstrategien verdeutlichen. Auf eine kurze Formel gebracht, tendiert die schweizerische Variante des demokratischen Korporatismus in der Industriepolitik zur Entpolitisierung und Dezentralisierung, während die österreichische umgekehrt zu Politisierung und Zentralisierung neigt (CC, S. 197). Stärker als im ersten Band insistiert Katzenstein hier auf der Verringerung von Machtungleichgewichten als Konsequenz demokratischen Korporatismus: Während in der österreichischen Variante die Macht des Stärkeren (des Unternehmertums und des Staates) beschränkt wird, kommt es seiner Ansicht nach in der schweizerischen Variante zu einer Aufwertung des Schwächeren (der Gewerkschaften) (CC, S.136ff.).

Diskussion

Katzenstein basiert sein Argument auf einer Fülle von Material. Er hat unheimlich viel Literatur gelesen über die Länder, die er vergleicht, er hat Österreich und die Schweiz mehrmals besucht und dabei mehr als achtzig Experten, Politiker, Unternehmer, Gewerkschafter, Beamte und Journalisten interviewt. Zur Stützung seiner Gedankengänge verwendet er makrostrukturelle Vergleiche auf der Basis quantitativer Daten ebenso wie qualitative Informationen. Seine Absicht ist es dabei weniger, wie er einmal feststellt (SS, S.138), hieb- und stichfeste Beweise zu liefern, als vielmehr die Plau-

sibilität des Argumentes durch relevante Vergleiche zwischen kleinen und grossen Ländern zu erhöhen. Im folgenden nun einige Kommentare hierzu.

Obwohl ich zu jenen gehöre, die den Trend zur detaillierten Analyse spezifischer Strukturen und Verflechtungsmuster begrüssen, scheint mir Katzensteins Anliegen eines globalen Systemvergleichs noch nach wie vor sinnvoll, da Nationalstaaten besonders relevante (wenn auch nicht die einzigen) Kontexte politischer Entscheidungen sind. Ein globaler Ländervergleich kann dazu dienen, eine Vielzahl von Detailbefunden in einem umfassenderen Zusammenhang zu integrieren. Die von Katzenstein getroffene Unterscheidung zwischen den beiden Varianten des demokratischen Korporatismus erweist sich dabei meiner Ansicht nach als besonders fruchtbar. Die Herausarbeitung der funktionalen Äquivalenzen der beiden Formen ermöglicht unter anderm eine systematische Einordnung des "Sonderfalls Schweiz", den viele Autoren bislang mit einem Achselzucken abgetan haben. So erweist sich der Bilateralismus, der in der schweizerischen Sozialpartnerschaft vorherrscht (Ruf, 1986) beispielsweise als funktionales Äquivalent zum österreichischen Tripartismus (SS, S.127). Oder es zeigt sich, dass die schweizerischen Aufwendungen für die soziale Wohlfahrt nicht wesentlich hinter jenen der anderen kleinen europäischen Staaten zurückbleiben, dass sie lediglich auf anderem, privatem Wege finanziert werden (CC, S.111). Vieles, was in jenen Ländern, die bisher als typisch korporatistisch organisiert galten (etwa Österreich), auf staatlichem Wege geregelt wird, löst man in der Schweiz entsprechend der hegemonialen liberalen Ideologie auf funktional äquivalente, private Weise. Es ist eines der Verdienste Katzensteins, dies herausgearbeitet zu haben.

Wer, wie Katzenstein, die funktionale Aequivalenz unterschiedlicher Strukturen und Prozesse betont, sollte über trennscharfe Kriterien zur Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Implikationen politischer Strukturen und Prozesse verfügen. Wie in der Rezension von Braun/Keman (1986) bereits hervorgehoben worden ist, lässt seine Arbeit in dieser Hinsicht einiges zu wünschen übrig; zentrale Konzepte wie "Flexibilität", "Effektivität" und "Anpassung" bleiben unscharf. Zudem erweisen sich die kleinen Länder auch gemäss den von Katzenstein präsentierten Vergleichsdaten als weniger effizient als man eigentlich aufgrund seines Arguments erwartet hätte (SS, S.194ff.). Es zeigt sich, dass die kleinen europäischen Industrieländer in der Vergleichsperiode 1960-80 "im Mittel" in der Bekämpfung der Inflation und der Arbeitslosigkeit effizienter waren als die "Grossen", dass sie ungefähr ebenso effizient waren, was das wirtschaftliche Wachstum betrifft, dass sie aber hinsichtlich der Zahlungsbilanz hinter den Leistungen der "Grossen" zurückgeblieben sind. Die Mittelwerte verdecken dabei erhebliche Leistungsunterschiede innerhalb der Gruppe der kleinen Länder, Unterschiede, die etwa bezüglich der Arbeitslosigkeit in den achtziger Jahren noch ausgeprägter geworden sind.

Zweifel an der Flexibilität und Effizienz der politischen Verarbeitungsmechanismen kleiner Länder kommen auch auf, wenn man die Beispiele Österreichs und der Schweiz näher betrachtet. Was Österreich betrifft, so hat

eine ganze Reihe von Skandalen – erinnert sei nur an den Weinskandal, an den Vöst-Skandal oder an den Allgemeinen Krankenhaus (AKH)-Skandal – einige Schatten auf die Effizienz dieser Form der Problembearbeitung geworfen. Im Hinblick auf die Schweiz habe ich in meiner eigenen Arbeit zum politischen System der Schweiz (Kriesi, 1980) gerade zu zeigen versucht, dass dieses System über eine sehr begrenzte Problemlösungskapazität verfügt und erst unter enormem äusserem Druck allenfalls zu reformschwachen Kompromissen in der Lage ist. Die vielfältig vernetzten Strukturen reagieren, so war meine Schlussfolgerung, äusserst träge auf die Anforderungen der Zeit. So war das politische System zu Beginn der siebziger Jahre nur mit Hilfe einer Serie dringlicher Bundesbeschlüsse, die an das Vollmachtenregime der Krisenjahre erinnerten, in der Lage, mehr oder weniger flexibel zu reagieren. Und angesichts veränderter Weltmarktbedingungen Mitte der siebziger Jahre konnte sich die Schweiz im folgenden nur deshalb ein gewisses Mass an Flexibilität bewahren, weil ihr möglich war, was sonst nur den "Grossen" möglich ist: Sie konnte die Kosten der Krise in Form von Fremdarbeitern exportieren.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob diese "Anpassungsstrategie" überhaupt die Folge einer bewussten staatlichen Politik war. Während Schmidt dies so sieht – "ohne die Arbeitsmarktpolitik hätte sich die Schweiz nicht einer Vollbeschäftigung rühmen können, sondern mit einer Massenarbeitslosigkeit leben müssen" (1985, S.123) –, und neuerdings auch Therborn (1986) in diesem Sinne argumentiert, ist Katzensteins Einschätzung der Lage meiner Ansicht nach realistischer: Die Schweizer Regierung war ihm zufolge weder willens noch in der Lage, die potentiell schlagkräftigen Instrumente der Arbeitsmarktpolitik (sprich Fremdarbeiterpolitik) einzusetzen, um die Industriestruktur zu beeinflussen: "Instead, responding to the appreciation of the franc and the economic crisis of the 1970s, it was Swiss firms that, recognizing fundamental changes in market conditions, refused to continue to employ a quarter of a million foreign workers after their work permits expired. A serious political issue was, for the Swiss, solved through market institutions." (SS, S.72) Die Schweizer Politik ist nur insofern flexibel, so könnte man schlussfolgern, als sie auf die Flexibilität der Selbstregulierung der schweizerischen Gesellschaft im allgemeinen und der schweizerischen Wirtschaft im besonderen zählen kann. Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass trotz der genannten Einschätzungsunterschiede sowohl Schmidt als auch Katzenstein zum Schluss auf die Grenzen dieser bisherigen Anpassungsstrategien hinweisen.

Die Frage der Kosten der Flexibilität lässt sich auch noch aus einem anderen Blickwinkel angehen. Die Fallstudie zur schweizerischen Textil- und Bekleidungsindustrie (CC, S.162-82) zeigt unter anderm sehr deutlich, dass eine Einigung zwischen Gewerkschaften und Unternehmertum auf Kosten der nicht organisierten Mehrzahl der Beschäftigten in diesem Sektor stattgefunden hat. Die Gewerkschaften haben zur Verteidigung der männlichen, schweizerischen Stammarbeiterschaft die Interessen der ausländischen und weiblichen Beschäftigten, die in diesem Sektor eine Mehrheit darstellen, fallengelassen. Während Katzenstein diesen Fall im Sinne seines Grundthemas der "Verringerung von Machtungleichgewichten" interpretiert, scheint es mir nahelie-

gender, ihn als typisches Beispiel eines "segmentierten Korporatismus" zu sehen (vgl. Esser/Hirsch, 1984 und Farago, 1987). Die Kosten der Weltmarktintegration werden auch in kleinen Ländern, so lässt sich vermuten, sehr selektiv getragen, und der korporatistisch organisierte Konsens kommt typischerweise auf dem Rücken nicht beteiligter Dritter zustande. Im Falle der Schweiz handelte es sich bei diesen Dritten bisher vor allem um Ausländer, in anderen kleinen Ländern wurden diese Kosten auf nicht organisierbare und konfliktfähige heimische Bevölkerungssegmente abgewälzt. Dieser Aspekt des demokratischen Korporatismus bleibt bei Katzenstein völlig ausgeblendet.

Katzenstein sieht in der Aufwertung der schwachen Gewerkschaften (allgemeiner: der schwachen politischen Linken) eine der zentralen Konsequenzen des demokratischen Korporatismus in der Schweiz. Darin findet er Unterstützung durch eine andere neuere Arbeit zum schweizerischen Gewerkschaftswesen (Parri, 1985), die argumentiert, die schweizerischen Gewerkschaften hätten ihren Mangel an "traditionellen" Ressourcen (organisationelle Ressourcen, Basisloyalität und Kapazität, andere gesellschaftliche Gruppen zu repräsentieren) mittels Anerkennung durch das Unternehmertum und den Staat zu kompensieren gesucht. Parri (S. 87) charakterisiert dabei den Unterschied zwischen dem schwedischen und dem schweizerischen Klassenkompromiss auf eine Weise, die weitgehend analog ist zu Katzensteins Unterscheidung zwischen den beiden Varianten des demokratischen Korporatismus. Im Gegensatz zu diesen beiden Autoren habe ich selbst den in erster Linie formellen Charakter der Kooptation der politischen Linken ins politische System der Schweiz betont (Kriesi, 1980): Mir ging es vor allem darum, zu zeigen, dass die Linke durch ihre Inkorporierung ins politische System zwar mitverantwortlich für die Politik geworden ist, aufgrund ihrer Minderheitsposition im System aber im untersuchten Zeitraum der ersten Hälfte der siebziger Jahre kaum in der Lage gewesen ist, diese auch mitzugestalten. Ich habe auf die Kosten der Inkorporierung der Linken hingewiesen, von denen ich vermute, dass sie angesichts veränderter sozialer Kräfteverhältnisse stets grösser werden (Kriesi, 1984).

Katzensteins Interpretation beruht letztlich, so meine ich, auf einer merkwürdig statischen Sichtweise der Politik in kleinen Ländern, die ich nicht teile. Seiner Ansicht nach sind korporatistische Strukturen gerade wegen ihrer Flexibilität, Effizienz und Integrationskraft kaum veränderbar: Alternative politische Koalitionen sind schwerlich möglich, neue Bewegungen ergänzen korporatistische Strukturen, die sich in den dreissiger Jahren herauskristallisiert haben, allenfalls, ersetzen sie aber nicht (SS, S.198ff.). Einmal korporatistisch, immer korporatistisch, könnte man sagen. Merkwürdig erscheint diese Sichtweise vor allem deshalb, weil es Katzenstein letztlich um Lernprozesse geht, die allenfalls neue Perspektiven für die Anpassungsstrategien grosser Länder eröffnen sollten. In zustimmendem Sinne zitiert er zum Schluss (SS, S.207) Susanne Berger und Michael Piore, denen zufolge das grösste Problem heute in unseren engen Vorstellungen über die Grenzen des Möglichen liegt. Während die Unterminierung des "Sonderfalls Schweiz" in unserem eigenen

Kontext zweifellos befreiend wirkt, bestätigt die Idee von der "Verringerung von Machtungleichgewichten" im gegenwärtigen Zeitpunkt meiner Ansicht nach hierzulande vor allem jene, die ihrer Vorstellungskraft sehr enge Grenzen auferlegen.

LITERATUR

Braun, D. und H. Kerman, 1986: Weltmarkt, internationale Regime und nationale Politikstrategien. Review-Essay. In: Journal für Sozialforschung, Heft 3, S.357-65.

Esser, J. und J. Hirsch, 1984: Der CDU-Staat: Ein politisches Regulierungsmodell für den "nachfordistischen" Kapitalismus. In: Prokla 56, S.51-67.

Farago, P., 1987 (im Druck): Verbände als Träger öffentlicher Politik. Grüsch. Rüegger.

Kriesi, H., 1980: Entscheidungsstrukturen und Entscheidungsprozesse in der Schweizer Politik. Frankfurt. Campus.

Kriesi, H., 1984: Konkordanzsystem und Opposition: Optionen für die SP. In: R. Brassel et al. (Hrsg.): Zauberformel: Fauler Zauber? Basel. Z-Verlag, S.174-91.

Parri, L., 1985: The Historical Development of State-Union Relations in Switzerland: From Confrontation to Stable Political Exchanges. Paper prepared for the 7th Congress of the "Schweizerische Gesellschaft für Soziologie", Zürich, 17-19 October.

Ruf, H., 1986: Krise der Sozialpartnerschaft? In: P. Farago/H. Kriesi (Hrsg.): Wirtschaftsverbände in der Schweiz. Grüsch. Rüegger.

Schmidt, M., 1985: Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung. Frankfurt. Campus.

Schmitter, P.C., 1981: Neokorporatismus: Überlegungen zur bisherigen Theorie und zur weiteren Praxis. In: U. v. Alemann (Hrsg.): Neokorporatismus. Frankfurt. Campus, S.62-79.

Therborn, G., 1986: Why some people are more unemployed than others. London. Verso.



AKTUELL

Die Hintergründe der Berner Finanzaffäre

„Ein gescheites und anregendes Buch."
(Berner Oberländer)

„Die Herausgeber des Buches nehmen Abstand von den Geschichten und Anekdoten der letzten zwei Jahre. Aus der Distanz erst wird die Krise in ihrem ganzen Umfang erkennbar, wird ersichtlich, dass Demokratie im Kanton Bern mehr zelebriert als praktiziert wurde."
(Basler Zeitung)

267 Seiten, Fr. 29.–
Erschienen im Lenos Verlag, Wallstr. 9, 4051 Basel